

SPD- Fraktion
CDU-Fraktion
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
FDP-Fraktion
Fraktion DieLinke
Ratsgruppe GUT

An die Vorsitzende des
Hauptausschusses

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 07.04.2020

AN/0456/2020

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Hauptausschuss	07.04.2020

Resolution zum Rettungsschirm für Kommunen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die antragstellenden Parteien bitten Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Hauptausschusses am 07. April 2020 zu setzen:

Beschluss:

Der Kölner Stadtrat begrüßt grundsätzlich die Anstrengung der Landesregierung mit dem Kommunalschutzpaket die Kommunen zu unterstützen. Insbesondere, dass Finanzmittel aus dem 25 Mrd. Euro umfassenden NRW-Rettungsschirm für Kommunen bereitgestellt werden sollen. Darüber hinaus unterstützt der Kölner Stadtrat die Forderung des Städtetages NRW nach einem weiteren Rettungspaket von Bund- und Land.

Weitergehend beschließt der Rat der Stadt Köln die nachfolgende Resolution:

Für Köln ist besonders wichtig,

1. dass mit diesen Hilfsmaßnahmen den Kommunen schnell finanziell geholfen wird,
2. dass nicht nur Stärkungspakt-Kommunen, sondern alle von der Pandemie betroffenen Städte und Gemeinden unter Berücksichtigung ihrer tatsächlichen Ausfälle und Mehraufwendungen teilhaben können,
3. dass es eine hinreichende Konkretisierung der einzelnen Rettungsmaßnahmen ohne bürokratische Hürden braucht

4. und dass auch kommunale Unternehmen abgesichert werden. Dies gilt beispielsweise für Flughäfen, Messen, Veranstaltungs- und Kongresszentren, Häfen, Bäder und Kultureinrichtungen.

Begründung:

Als Folge der Corona Krise hängt die Handlungsmöglichkeit der Kommunen davon ab, dass sie Unterstützung durch den Bund und das Land erhalten. In Anlehnung an die Forderungen des Städtetages setzen sich die Antragsteller dafür ein, dass Bund und Land einen Rettungsschirm für die Kommunen spannen sollen, um die Corona bedingten Lasten auszugleichen. Ansonsten können die Kommunen das, was sie leisten und leisten wollen, nicht alleine stemmen. Unter diesen Rettungsschirm müssen auch kommunale Unternehmen einbezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD- Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Lino Hammer
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer DieLinke

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Ulrich Breite
FDP- Fraktionsgeschäftsführer

gez. Thor Zimmermann
Ratsgruppe GUT